

REGIERUNGSERKLÄRUNG | Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) zur geplanten Krankenhausreform und wie Bayern sich darauf vorbereiten will

# Lauterbachs Plan „grundsätzlich richtig“

Die Staatsregierung will die bayerischen Krankenhäuser für die Folgen der vom Bund beschlossenen Krankenhausreform rüsten. „Wir brauchen auch weiterhin eine differenzierte Krankenhauslandschaft und eine verlässliche Versorgung in der Fläche“, sagte Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) in einer Regierungserklärung vor dem Landtag. Man wolle den Wandel „klug und mutig mitgestalten“. Ziel seien leistungsfähige, auf hohem Niveau arbeitende und leicht erreichbare Kliniken, zählte Gerlach auf. Um dies zu erreichen, präsentierte sie den Abgeordneten einen von der Staatsregierung beschlossenen Sieben-Punkte-Plan.

Die vom Bund angestoßene Reform hielt Gerlach für grundsätzlich richtig, Anpassungen in der Krankenhausstruktur seien wegen der aktuellen Herausforderungen unumgänglich. Gerlach forderte allerdings Ausnahmen von den strikten Strukturvorgaben zugunsten der Aufrechterhaltung der Versorgung in ländlichen Regionen. „Die leistungsfähige Struktur in Bayern darf nicht durch zentralistische Vorgaben aus Berlin gefährdet werden“, sagte Gerlach. Scharf kritisierte sie vor allem, dass in der Vorlage des Bundes eine Analyse der möglichen Auswirkungen auf regionale Krankenhausstrukturen fehle. Man befinde sich diesbezüglich in einem „Blindflug“. Wegen der Mängel werde Bayern mit anderen Ländern den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anrufen, um noch Änderungen am Bundesgesetz zu erreichen.

Der von Gerlach vorgelegte Sieben-Punkte-Plan sieht unter anderem die Aufstellung regionaler



„Wir brauchen eine verlässliche Versorgung in der Fläche“, sagte Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) in ihrer Regierungserklärung. FOTO: LANDTAG

Bedarfs- und Patientenprognosen vor, um darauf passende Versorgungsstrukturen auszubauen. Dazu habe man bereits Leitplanken für künftig vorzuhaltende medizinische Leistungsangebote entworfen, erklärte Gerlach. Einbezogen werde auch die möglicherweise erforderliche Anpassung des Rettungsdienstes. Für die Ausarbeitung der Strukturpläne will Gerlach Regionalkonferenzen mit allen Beteiligten anbieten. Außerdem verspricht die Ministerin den Entscheidungsträgern vor Ort die

politische Rückendeckung der Staatsregierung. Konkret sollen weitreichende Strukturentscheidungen durch den Ministerrat bestätigt werden. Außerdem kündigte Gerlach an, dass im Regelfall Fördergelder nicht zurückgefordert werden sollen, falls es strukturell zu einer Nutzungsänderung von Klinikbereichen kommen sollte.

Der AfD-Abgeordnete Andreas Winhart äußerte sein Unverständnis darüber, dass man die Krankenhausreform des Bundes auch

nur ansatzweise für gut halten könne. Die Reform sei „aktive Kliniksterbehilfe“. „Für Bayern ist diese Reform ein pures Desaster, wir müssen uns mit allen Mitteln dagegen wehren“, erklärte Winhart. Vor allem bei Notfällen brauche es landesweit schnell erreichbare Kliniken. Nötig sei nicht der mit Allgemeinplätzen gefüllte Sieben-Punkte-Plan Gerlachs, sondern ein Stabilisierungsprogramm für bayerische Krankenhäuser. Dazu müsse der Freistaat mehr Geld zur Verfügung

stellen und für Effizienzsteigerungen sorgen, sagte Winhart.

Nach den Worten von Grünen-Fraktionsvize Johannes Becher muss die Krankenhausreform den Zielkonflikt zwischen einer möglichst umfassenden wohnortnahen Versorgung und einer notwendigen Spezialisierung in den Häusern lösen. Da aber – anders als es die AfD mit ihrem Ruf nach dem „Geldsack“ suggeriere – die Ressourcen begrenzt seien, komme man um strukturelle Änderungen nicht herum. Diese vorzuneh-

men, sei Aufgabe der Staatsregierung, der die gesetzliche Pflicht zur Krankenhausplanung in Bayern obliege, betonte Becher. Er nannte es „irritierend“, wenn Gerlach erst jetzt Patienten- und Bedarfserhebungen vornehmen wolle. Es stelle sich die Frage, auf welcher Grundlage bisher die Klinikförderung vorgenommen worden sei.

## Die schärfste Kritik kommt von der AfD

Auf die Verantwortung der Staatsregierung bei der Krankenhausplanung verwies auch Ruth Waldmann (SPD). Eine solche habe Gerlach in ihrer Erklärung erneut nicht präsentiert. Die Staatsregierung sei die aktuell aufscheinenden Versorgungsdefizite trotz Zuständigkeit nicht angegangen und stehe sich nun unter Hinweis auf Berlin und die Kommunen aus der Verantwortung. „Die Staatsregierung muss sagen, was es wo braucht“, betonte Waldmann. Bürgermeister und Landräte könnten das nicht entscheiden, weil ihnen der Überblick und die Kompetenz für bayernweite Strukturen fehlten.

Hinter die Pläne Gerlachs stellte sich Tanja Schorer-Dremel (CSU). Die Reform des Bundes sei nicht im bayerischen Interesse. Es sei richtig, dass der Freistaat diese nun nach seinen Möglichkeiten zu korrigieren versuche. Freie-Wähler-Fraktionschef Florian Streibl erklärte, die Reform des Bundes führe zu einer Zwei-Klassen-Versorgung zulasten ländlicher Regionen. Dies könne der Freistaat nicht hinnehmen. > JÜRGEN UMLAUFT